

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 431/2018
Kiel, Mittwoch, 12. Dezember 2018

Gesundheit/Pflegeberufe

Dennys Bornhöft zu TOP 6 u.a. „Ausübung des Pflegeberufegesetzes“

In seiner Rede zu TOP 6+27+38 (Ausübung des Pflegeberufegesetzes und Imagekampagne für Pflegeberufe) erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dennys Bornhöft:

„Pflegekräfte in Not, Therapeuten am Limit – das sind keine Schlagzeilen der Bild-Zeitung. Das sind Namen von Initiativen und Interessensvertretungen der Pflegekräfte und Gesundheitsfachberufe, die die teils dramatischen Zustände im Bereich dieser Berufsgruppe aufzeigen und sich in der Namensgebung widerspiegeln. Bundesweit zehntausende unbesetzte Stellen in der Pflege stehen einem steigenden Personalbedarf aufgrund des demographischen Wandels gegenüber, eine verbesserungswürdige Gehaltsstruktur, viele Teilzeitstellen und zu oft zu wenige Kolleginnen und Kollegen für Urlaubs- und Krankheitsvertretungen – um nur einige der Problemlagen aufzuzählen.

An einer großen Stellschraube haben wir nun im Land gedreht. Die Schulgeldfreiheit für alle Schulen der Gesundheitsfachberufe in Schleswig-Holstein, die nicht an einen Krankenhausträger angebunden sind, kommt bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2019. Hierfür nimmt das Land nun über drei Millionen Euro in die Hand, damit Azubis in den Gesundheitsfachberufen, die ihre Ausbildung bislang noch überwiegend selbst bezahlen mussten, von dieser finanziellen Last befreit werden. Zwar hat die CDU-SPD Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag die Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsfachberufe festgeschrieben. Ob und inwieweit der Bund sich hier aber noch einbringen wird, bleibt offen. Daher geht das Land nun in Vorleistung und schafft damit einen Wettbewerbsvorteil für unser Gesundheitswesen und unsere Gesundheitsversorgung, da die meisten Bundesländer diese Schulgeldfreiheit nicht haben. Auch aus den Verhandlungen zwischen Kliniken samt ihren Schulen und den Krankenkassen gibt es positive Rückmeldungen, nach denen das Schulgeld nun endlich auch hier fallen soll.

Was man wiederum gegenüber der Bundesregierung anerkennen muss, ist, dass das Thema Pflege nun endlich ganz oben auf der politischen Agenda angekommen ist. Als ersten größeren Aufschlag soll es bundesweit 13.000 neue Stellen in der Altenpflege geben. Da schon jetzt viele tausend Stellen nicht nachbesetzt werden können, ist klar, dass das Vorhalten weiterer Arbeitsplätze nicht automatisch zu mehr Menschen in diesem Beruf führt. Schon heute benötigt ein Arbeitgeber durchschnittlich 172 Tage, um eine freie Stelle zu besetzen. Dabei kommen auf 100 Stellen in der Pflege gerade einmal 21 Bewerber. Die durchschnittliche Verweildauer in der Pflege beträgt nur rund acht Jahre.

Hier knüpft unsere Imagekampagne an. Wir möchten hierüber zum einen junge Menschen davon überzeugen, in die Pflegebranche zu gehen und zum anderen ehemalige Pflegekräfte für eine Rückkehr in den Beruf gewinnen. Mehr Kolleginnen und Kollegen im Pflege- und Gesundheitswesen sind das A und O. Aber auch die Arbeitsbedingungen derer, die bereits in diesem Bereich arbeiten, müssen verbessert werden. Im Koalitionsvertrag haben wir uns ausführlich mit Instrumenten beschäftigt, die genau dies zum Ziel haben: Das umfasst etwa eine attraktivere Ausbildung, Angebote zum Belastungsabbau, die Einführung technischer Unterstützung und die Einigung auf vereinfachte Dokumentation. So groß die Herausforderung bezüglich der Personalgewinnung auch ist, so breit aufgestellt muss unser Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Gesamtsituation sein.

Hier knüpft die landesseitige Umsetzung des Pflegeberufgesetzes an, welches die Weichen für die Generalistik in der Pflege stellt. Besonders hervorheben möchte ich hier zwei Punkte, die ich sehr lobenswert finde. Das ist zum einen die Einrichtung einer Ombudsstelle, an der sich Auszubildende bezüglich Differenzen mit dem praktischen Ausbilder wenden können. Eine solche vermittelnde, schlichtende Funktion ist in vielen Branchen und Lebensbereichen eine gute Institution. Sie wird es auch in der Pflegeausbildung sein. Den zweiten Punkt möchte ich als ehemaliger nebenberuflicher Masterstudent ausdrücklich hervorheben. Wir legen in der Struktur der Ausbildung eine Fernunterrichts-Komponente fest. Dies ist eine ausgezeichnete Möglichkeit, um in der Ausbildung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder in diesem Fall doppelt passend, Pflege und Beruf zu stärken. Mit dem heute verabschiedeten Haushalt und dem Aufsetzen der Imagekampagne ist es ein guter Tag für die Pflege und Gesundheitsfachberufe in unserem Bundesland. Weitere Anstrengungen, kreative Ideen und neues Denken werden aber auch im kommenden Jahr und im nächsten Jahrzehnt dringend benötigt, um die Situation für Patientinnen und Patienten und Fachkräfte weiter zu verbessern.“